



Wiesbaden, 28.11.2003

### **Betreuung der Flüchtlinge in Flughafenunterkunft wird durch qualifizierte Landesbedienstete gesichert Einarbeitung ab 1. Dezember Kirchliche Verbände bieten Verfahrensberatung an**

Wiesbaden/Frankfurt. Die soziale Betreuung der Flüchtlinge in der Flughafenunterkunft in Frankfurt wird ab 1. Januar 2003 von Landesbediensteten gewährleistet, die in der Vergangenheit in der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung in Schwalbach am Taunus tätig waren. Zudem werden die kirchlichen Verbände – der Evangelische Regionalverband und der Caritasverband Frankfurt, die bisher diese Aufgabe erfüllt haben, Verfahrensberatung und –betreuung in der Einrichtung anbieten. Hierfür stellt ihnen das Land kostenfrei zwei Räume zur Verfügung. Dies teilte Sozialministerin Silke Lautenschläger heute mit.

„Die Betreuung der Flüchtlinge – derzeit sind es 32 Personen – wird durch den Einsatz der qualifizierten Mitarbeiter der Landesverwaltung gesichert und verantwortungsvoll wahrgenommen“, betonte die Ministerin. Die acht Bediensteten, darunter drei Sozialarbeiter und Sozialpädagogen verfügten über langjährige Erfahrung in der Betreuung Asylsuchender. Sie werden bereits ab 1. Dezember 2003 in der Unterkunft auf dem Flughafen zusätzlich eingesetzt und eingearbeitet, damit zum Jahreswechsel ein reibungsloser Übergang garantiert ist.

Das Land setzt zukünftig seine eigenen Mitarbeiter für diese Aufgabe in der Flughafenunterkunft ein, da die Erstaufnahmeeinrichtung für ausländische Flüchtlinge in Schwalbach wegen der rückläufigen Asylbewerberzahlen geschlossen und hierdurch Personal frei wird. Der zum Jahresende auslaufende Vertrag mit den kirchlichen Verbänden wurde deshalb nicht verlängert. „Als Arbeitgeber tragen wir die Verantwortung zur Fürsorge für unsere Bediensteten. Es ist nahe liegend, deren Kompetenz und Erfahrung für den Einsatz auf dem Frankfurter Flughafen zu nutzen, ihnen auf diese Weise ein sehr verwandtes Tätigkeitsfeld zu eröffnen und ihre weitere Beschäftigung zu sichern“, begründete Silke Lautenschläger die Entscheidung. Von einem Rauswurf des Flughafensozialdienstes könne keine Rede sein.

\*\*\*\*\*

Pressemeldung vom 28.11.2003  
verantwortlich i.S.d.P.: Petra Müller-Klepper,  
Hessisches Sozialministerium, Pressestelle,  
Dostojewskistraße 4, 65187 Wiesbaden.  
Telefon: (0611) 8 17 - 34 08 , Fax: (0611) 8 90 84 - 66.  
E-mail: [presse@hsm.hessen.de](mailto:presse@hsm.hessen.de)